

Bundesamt für Sport
Markus Feller
Postfach
2532 Magglingen

Liestal, 29. März 2012

Stellungnahme der FachFrauen Umwelt zur Verordnung über das Bergführerwesen und Anbieten weiterer Risikoaktivitäten RiskV

Sehr geehrter Herr Bundesrat Maurer,
Sehr geehrter Herr Feller,
Sehr geehrte Damen und Herren,

Gerne nutzen wir die Möglichkeit zum RiskV-Entwurf Stellung zu nehmen. Die FachFrauen Umwelt ffu-pee sind das Netzwerk und die Interessensvertretung der Frauen, die sich beruflich mit Umweltfragen befassen. Viele unserer über 1000 Mitglieder sind im weitgefassten Bereich der Umweltbildung tätig und wären direkt von der Anwendung der Verordnung betroffen, weshalb wir uns gerne zu der vorgelegten Verordnung äussern möchten:

Für die Berufstätigkeit in den Bereichen Umweltbildung, Naturerlebnispädagogik, Exkursionen, usw. braucht es verlässliche, aber nicht unnötig einschränkende Rahmenbedingungen. Dies wird mit dem aktuell vorliegenden Verordnungsentwurf nicht gewährleistet.

Die ffu-pee sind damit einverstanden, dass das gewerbsmässige Anbieten von Risikoaktivitäten mit Hilfe von Bewilligungspflichten und Zertifizierungen besser geregelt wird und dass damit die Sicherheit der entsprechenden LeistungsbezügerInnen dort erhöht wird, wo sie die Risiken für ihr Leben und ihre Gesundheit nicht selber genügend abschätzen können. KundInnen sollen vor unverantwortlichen AnbieterInnen geschützt werden. Doch sollen Aktivitäten innerhalb eines zulässigen, gesellschaftlich akzeptierten Risikos nicht unnötig und durch eine exzessive Bewilligungspraxis behindert werden. Die Natur als Lern-, Bildungs- und Erholungsort soll möglichst frei zugänglich bleiben. Institutionen wie Schulen, Heime, Pfadfindergruppen, Rucksackschulen, ornithologische Vereinigungen und Naturschutzorganisationen sollen weiterhin mit erlebnispädagogischen Methoden arbeiten können. Eine Bewilligungspflicht für diese Gruppen wäre unverhältnismässig und in der Praxis administrativ nicht zu bewältigen.

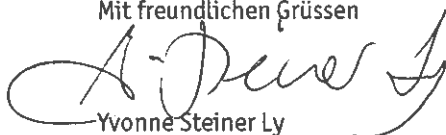
Die „safety policy“ der erlebnispädagogischen Aktivitäten soll durch andere, besser geeignete Instrumente wie Qualitäts- und Sicherheitsstandards der erlebnispädagogischen Institutionen, professionelle Aus- und Weiterbildung der leitenden Personen sowie die Zertifizierung von Sicherheitskonzepten sichergestellt werden (Label Safety in Adventures). Gerade solche Innovationen, welche heute bereits im Gange sind, werden durch die vorliegende Verordnung aber behindert. Dazu kommt, dass die zunehmende Aufsplittung der Risikoaktivitäten in Segmente neue, modulare Ausbildungsformen erfordert, die mit einer starren Zuordnung von erlaubten Aktivitäten zu Fachabschlüssen in der Verordnung behindert werden.

Insgesamt erhöhen die gewählten Definitionen oder Bezugssysteme die Rechtsunsicherheit, statt zur Klärung beizutragen. Zudem werden zentrale Begriffe des Gesetzes nicht definiert.

Betreffend der Verordnungsartikel im Einzelnen schliessen wir uns den detaillierten Anträgen und Ausführungen in den Stellungnahmen der Bildungscoalition, des Instituts für Umwelt und natürliche Ressourcen IUNR sowie des Fachverbands Erleben und Bildung in der Natur ERBINAT an.

Wir bitten Sie, unsere Anregungen und Bemerkungen zu berücksichtigen und hoffen damit zu einer zielführenden Verordnung beizutragen

Mit freundlichen Grüssen



Yvonne Steiner Ly

Geschäftsführerin ffu-pee